



Bamberg, 21.09.2018

Ferkelkastration: Demo für Tierschutz und Familienbetriebe

Schweinehalter aus Oberfranken haben vor entscheidender Abstimmung vor Bundesrat demonstriert

Bamberg (bbv) – Am Freitag hat der Bundesrat eine Fristverlängerung bei der Kastration männlicher Ferkel verhindert. Vor der entscheidenden Abstimmung haben in Berlin rund 60 Landwirte für eine Verschiebung des Stichtages demonstriert, weil bis Anfang 2019 keinesfalls praxisreife und für die bayerischen Betriebe geeignete Alternativen zur Verfügung stehen werden. Mit dabei waren u.a. auch Dieter Heberlein, (BBV-Bezirksverband Oberfranken) und Schweinehalter aus den oberfränkischen Landkreisen, der bayerische Bauernpräsident Walter Heidl, der BBV-Veredelungspräsident Gerhard Stadler und viele Schweinehalter aus Bayern.

„Seit Jahren ist der Politik das Problem bewusst, aber trotzdem wird die für den Tierschutz und kleinere Betriebe beste Möglichkeit blockiert“, sagt Heberlein. „Es ist eine Minute vor Zwölf für die bayerischen Sauenhalter! Was wir jetzt brauchen, ist die Unterstützung von Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner und dem Bundestag. Nur so ist die dringend notwendige Fristverlängerung, um die notwendigen Zulassungsverfahren abzuschließen, noch möglich. Ansonsten wird die regionale Sauenhaltung an die Wand gefahren. Stattdessen werden die Ferkel dann aus dem Ausland kommen und hunderte Kilometer quer durch Deutschland gefahren.“

Der Bauernverband setzt sich seit mehreren Jahren vehement dafür ein, dass die Kastration künftig unter lokaler Betäubung vorgenommen werden kann – doch der Weg zu dieser dem Tierschutz angemessenen Methode ist in Deutschland bislang versperrt. Dahingegen wird er in jenen Ländern eingesetzt, aus denen schon jetzt viele Ferkel nach Deutschland importiert werden (z.B. Dänemark). „Das ist absurd und gefährdet sowohl den Tierschutz als auch die regionale Schweinefleischherzeugung“, sagt Martin Flohrschütz, Kreisobmann aus Coburg. Die Bundesländer Bayern, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen hatten den Antrag auf Fristverlängerung in den Bundesrat eingebracht, doch bei Abstimmung konnte keine Mehrheit dafür gefunden werden.